

ERWÄGT PETRY RÜCKZUG AUS DER POLITIK?

Frauke Petry, eine von drei Parteisprechern der AfD, deutete in einem Interview mit dem Tagesspiegel an, dass sie erwägt sich aus der Politik zurückzuziehen. Weder die Politik, noch die AfD seien für die Chemikerin alternativlos, man müsse sein Leben immer wieder reflektieren und neujustieren, falls notwendig - so die Politikerin. Inwiefern diese Aussage mit dem wachsenden Widerstand und Rechtsdruck innerhalb der AfD zusammenhängen, ist dabei nicht klar.

KOMMENTAR

»ZWEI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

Dobrindts Luftblase „Ausländermaut“

Es hat eine ganze Legislaturperiode gedauert, bis Bundestag und heute der Bundesrat der „PKW-Maut für Ausländer“ zugestimmt haben. Seehofers Wunsch die Ausländer stärker an den Kosten für den Autobahnverkehr zu beteiligen - ohne diese zu diskriminieren und ohne Mehrkosten für deutsche Autofahrer - wurde schon vom früheren Verkehrsminister Ramsauer auf den Weg gebracht. Da der Peter aber an der Aufgabe scheiterte, schickte Seehofer nach der letzten Bundestagswahl seinen „Klügsten“, den Dobrindt, nach Berlin und Ramsauer in die Wüste. Seit jener Zeit bastelte der Dobrindt an seiner Mogelpackung, um allen Gegnern keine Chance zu geben, die Schnapsidee zu Fall zu bringen. Die Sozis hatten zugestimmt, weil die Seehofers dafür in den Koalitionsverhandlungen unter anderem dem Mindestlohn zugestimmt haben. Dobrindts großer Freudentag mag im Moment über die Versäumnisse, die sein Haus bei der Bahn, beim Flughafen BER und den überfüllten Autobahnen zu verantworten hat, hinwegtäuschen. Bis zur Bundestagswahl wird diese Regelung der PKW-Maut wohl Bestand haben. Aber schon jetzt sind Klagen von EU-Ländern abzusehen, die Profitabilität wird einer genaueren Nachrechnung wohl nicht standhalten und hoffentlich kommt nach der Wahl ein neuer noch klügerer Verkehrsminister, der eine sinnvollere und nachhaltige Verkehrspolitik mit einem stimmigen Finanzierungskonzept verbindet.

Erdogans Spione

Viel Lärm um nichts... Neues. Schon in den früheren Jahrzehnten war der türkische Geheimdienst oft in Kooperation mit deutschen Geheimdiensten und häufig auch mit Unterstützung der rechtsradikalen Grauen Wölfe in Deutschland aktiv und hat dabei nicht nur türkische Staatsbürger ausgeforscht. Also nichts Neues! Der iranische, der russische, der chinesische, aber auch der israelische, der britische und der amerikanische Geheimdienst schnüffelt bei uns. Und seit Wikileaks und Snowden wissen wir auch, in welchem Umfang und mit welcher Unverfrorenheit unsere amerikanischen Freunde von der NSA am Werke sind. Alle, die jetzt mit Empörung auf Erdogan zeigen, wissen insgeheim, dass sich dadurch in der Welt der Geheimdienste aber auch gar nichts ändern wird.

BUNTES AUS BERLIN

KLEINE MEISTERWERKE - NEUE AUSSTELLUNG IN DER ALTEN NATIONALGALERIE



Copyright: Staatliche Museen zu Berlin, Nationalgalerie. Foto: Andres Kilger

Mehr als fünfzig Gemälde und sechzig Miniatur-Werke von Anna Dorothea Thербusch, Moritz von Schwind, Friedrich Wasmann, Anselm Feuerbach, Hans Thoma und weiteren heute weniger bekannten Künstlern können Besucher der Alten Nationalgalerie in der seit gestern eröffneten Ausstellung "Kleine Meisterwerke" anlässlich der Veröffentlichung des Bestandskatalogs des 19. Jahrhunderts betrachten.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

KEIN KOALITIONSVERTRAG MEHR OHNE EHE FÜR ALLE!



Von Petra Nowacki, Bundesvorsitzende der SPDqueer

Was 2013 verpasst wurde muss 2017 nachgeholt werden! Falls die SPD nach der Bundestagswahl 2017 Teil der Regierung sein wird, darf kein Koalitionsvertrag mehr ohne die Forderung „Ehe für alle“ unterzeichnet werden! Es ist ein dickes Brett, das gebohrt werden muss, und auch wenn die Union sich borniert zeigt, kann man den gesellschaftlichen Fortschritt nicht aufhalten! Manuela Schwesig hat vollkommen richtig hervorgehoben, dass nicht das Geschlecht, sondern die Bereitschaft füreinander Ver-

antwortung zu übernehmen wesentlich sind.

Es war richtig von Thomas Oppermann noch vor der Wahl einen Gesetzesentwurf zu dem Thema vorzulegen - so kommt die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare bereits jetzt auf die Agenda. Die queere Community nahm es der SPD tatsächlich übel, dass nach dem Slogan „100% Gleichstellung nur mit uns“ die Formulierungen im Koalitionsvertrag 2013 dazu eher „wachsweich“ waren.

Ich bin froh, dass Kanzlerkandidat Martin Schulz den Willen hat, die Ehe für alle wieder in das Wahlprogramm aufzunehmen - die SPD hatte sich bereits 2011 auf einem Bundesparteitag dafür entschieden, die Unterschiede bei den gemeinschaftlichen Lebensformen abzubauen und die Ehe für alle einschließlich des vollwertigen Adoptionsrechts zu etablieren. Dass sich die Union nun beim Koalitionsgipfel keinen Millimeter in Richtung Gleichstellung bewegt hat, muss ein umso stärkerer Ansporn sein, das Thema erneut umfassend aufzurufen und es in der Zukunft zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die Eingehung einer Koalition zu machen!

DE MAIZIÈRE SIEHT PROVOKATION SEITENS DES TÜRKISCHEN GEHEIMDIENSTES

Nachdem der türkische Geheimdienst MIT dem Bundesnachrichtendienst eine Liste mit 300 Personen und 200 Institutionen überreicht hat, die der Gülen-Bewegung nahehestehen sollen, ist für Bundesinnenminister Thomas de Maizière unklar, mit welchem Hintergrund der MIT dies getan hat. Provokation sei eine Möglichkeit, erklärte der Politiker im ZDF-Morgenmagazin. Schlichte Naivität oder eine Fälschung der Lage würde de Maizière nicht vermuten. Vielmehr könnte es möglicherweise darum gehen, das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei aktiv zu stören. Der Fall ist besonders brisant, da auf der

Liste auch Parlamentarier wie Michelle Müntefering aufgeführt sind.

Der türkische Präsident Erdogan sieht die Gülen-Bewegung als treibende Kraft hinter dem Putschversuch des vergangenen Jahres, weswegen er auch die US-Regierung zur Auslieferung offener Anhänger der Bewegung aufgefordert hatte.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder fordert bisweilen strafrechtliche Schritte gegen das Vorgehen.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei befindet sich auf dem Tiefpunkt. Erst am Donnerstagmorgen wurde bekannt, dass die Deutschtürken der Eintritt in die Türkei verwehrt wurde.

US-REGIERUNG: KRITIK WEGEN VERMUTETER RUSSLAND-KONTAKTE

Das FBI beschuldigt US-Präsident Donald Trump und sein Team während des Präsidentschaftswahlkampfes Verbindungen zu Russland gepflegt zu haben, um einen Vorteil gegen Kontrahentin Hillary Clinton zu erzielen.

Russland dementierte die Vorwürfe bereits mehrfach. Der Geheimdienstausschuss des US-Senats möchte im Rahmen der Untersuchungen 20 Personen befragen, darunter auch Trumps Schwiegersohn Jared Kushner. Der ehemalige Sicherheitsberater Michael

Flynn wird ebenfalls aussagen - er musste nach weniger als vier Wochen von seinem Posten zurücktreten, nachdem herausgekommen war, dass er mit dem russischen Botschafter über die Sanktionen gegen das Land gesprochen hatte. Das FBI hat Mitschnitte dieses Gesprächs als Beweismaterial. Flynns Anwalt fordert im Gegenzug Immunität für seinen Anwalt.

Auch Trumps ehemaliger Wahlkampfmanager Paul Manafort steht im Verdacht, zweifelhaft Kontakte nach Russland gepflegt zu haben.

ARBEITSLOSENZAHLEN SINKEN WEITER

Im März sank die Zahl der Arbeitslosen um 100.000 auf unter 2,7 Millionen. Die Arbeitslosenquote von 6,0 Prozent ist der niedrigste Wert seit März 1991 und hat sich seit 2005 halbiert.

Der designierte Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, prognostiziert eine weiterhin positive Entwicklung auf dem Beschäftigungsmarkt. Bundesweit sei die Bereitschaft neue Mitarbeiter einzustellen, hoch.

Für 2017 werden insgesamt 700.000 neue Jobs prognostiziert. Die Kaufkraft der Deutschen spielt dabei eine wichtige Rolle.

Um von Vollbeschäftigung zu träumen, ist es noch zu früh - der gegenwärtige Trend

müsste bis 2030 anhalten, um diese zu erreichen. Dies berechnete das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und verwies darauf, dass die Vollbeschäftigung - das heißt wenn die Arbeitslosenquote von drei Prozent unterschritten wird - heute schwieriger zu erreichen ist.

Der Konsumbedarf in der Nachkriegszeit sowie die Struktur einer breiten Facharbeitserschaft seien heute nicht mehr gegeben. Langzeitarbeitslosigkeit gab es zudem in den 1960-ern nicht.

Um Vollbeschäftigung zu erreichen, schlussfolgert das IAB, dass eine weitreichende Offensive in puncto Qualifikation und Ausbildung erfolgen müsse.

MUSK SCHIESST RECYCELTE RAKETE INS ALL

Tesla-Chef Elon Musk testet mit seinem Raumfahrtunternehmen SpaceX die Grenzen des Möglichen und verwendete erstmalig eine Rakete ein zweites Mal.

Das Team von Musk zündete die Rakete im Kennedy Space Center in Florida nachdem diese vor einem Jahr bereits verwendet wurde - es sei ein Meilenstein in der Raumfahrt, betont er der Investor.

Ziel von Musk ist es, die Preise von Raumfahrt-Missionen zu reduzieren, um langfristig Weltraum-Tourismus anzubieten.

Gegenwärtig kostet eine Mission knapp 60 Millionen Euro, durch die Wiederverwendung könnte man die Kosten deutlich senken.

Als nächstes Ziel hat Musk das Recyceln von Antriebsraketen innerhalb von 24 Stunden formuliert, um weitere Kostenfaktoren zu reduzieren.

Der Unternehmer hat mit seinem Unternehmen 2012 als erster Privatanbieter einen Raumfrachter zur Raumstation ISS befördert.

MODEKONZERN H&M ERFÜLLT NICHT MEHR ALLE ERWARTUNGEN

Der schwedische Moderiese H&M hat Schwierigkeiten seine Aktionäre zufriedenzustellen. Die Geschäftsaussichten sind unsicher, die Lagerbestände sind um 30% angestiegen, sodass im Verkauf Rabattaktionen notwendig sein werden.

Andere Modeunternehmen wie Zara können zudem schneller auf neue Trends reagieren. Während H&M ausschließlich in Asien produziert, hat der spanische Konkurrent den Großteil seiner Produkti-

onsstätten in Europa. Von den kürzeren Lieferwegen profitiert der Konzern gegenüber H&M.

Die Schweden haben zudem den Trend verpasst, in ihr Online-Geschäft zu investieren. Da die Mode-Branche allerdings immer stärker in Richtung Online-Handel schwenkt, ist ein Ausbau der Versandportale unerlässlich. Während H&M allerdings in 64 Ländern Geschäfte eröffnet hat, kann man nur in 35 online bestellen.

PERSONALIEN

PAUS IST SPITZENKANDIDATIN DER BERLINER GRÜNEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

Lisa Paus (48) ist am 25. März auf einer Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Sie konnte sich mit 70,8 Prozent gegen Bettina Jarasch durchsetzen, die 27,4 Prozent der Stimmen erhielt. Platz zwei sicherte sich Stefan Gelbhaar im dritten Wahlgang gegen Özcan Mutlu. Renate Künast wurde auf Listenplatz drei gewählt. Mutlu konnte sich im zweiten Wahlgang um Platz vier gegen Canan Bayram durchsetzen.

GRÜTTERS AUF LISTENPLATZ EINS DER BERLINER CDU

Monika Grütters (55) ist am 25. März auf einer Landesvertreterversammlung der CDU Berlin auf Platz eins der Landesliste gewählt worden. Es stimmten 88,9 Prozent der Delegierten für die Landesvorsitzende, einen Gegenkandidaten gab es nicht. Grütters ist auch Direktkandidatin des Wahlkreises Marzahn-Hellersdorf. Auf Platz zwei der Landesliste folgt Kai Wegner mit 68,4 Prozent. Platz drei sicherte sich Jan-Marco Luczak mit 83,2 Prozent. Thomas Heilmann setzte sich um Platz vier im zweiten Wahlgang gegen Klaus-Dieter Gröhler durch. Auf Platz fünf wurde Gottfried Ludewig gewählt. Platz sechs und sieben sicherten sich Christina Schwarzer und Martin Pätzold.

WAIGEL WILL WÄHLERINITIATIVE FÜR ANGELA MERKEL GRÜNDEN

Der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel (77, CSU) hat am 22. März in der "Augsburger Allgemeinen" angekündigt, eine Wählerinitiative für Angela Merkel gründen zu wollen. Damit wolle er die Bundeskanzlerin im Wahlkampf unterstützen. Der CSU-Ehrenvorsitzende rief seine Partei zur Unterstützung Merkels auf. Diese war in der CSU wegen ihrer Flüchtlingspolitik in die Kritik geraten.

LESUNG IN DEN NORDISCHEN BOTSCHAFTEN

Bei Island denkt man sofort an rauchende Vulkane, Ponys und Björk. Aber die wenigsten wissen um die landschaftliche und kulturelle Vielfalt dieses kleinen Landes.

Dem will Arthur Bollason mit seinem »Island-Lesebuch« (MANA Verlag) nun abhelfen: Ganz in der Erzähltradition der Sagas berichtet er fesselnd über die frühe Besiedlung durch die Nordmänner, schildert die Entwicklung Reykjaviks vom Dorf zur »heißesten Metropole Europas« und beschreibt die einzigartigen Besonderheiten der Natur ebenso wie die der Bewohner dieser Insel am Rande des Polarkreises. Begleitet von faszinierenden Bildern erfährt man bei der Lektüre außerdem viel Interessantes über Geysire, Trolle und Islandpferde - also wirklich »Alles, was Sie über Island wissen müssen«. Die Veranstaltung findet am 11. April ab 18 Uhr im Fellhus, Rauchstraße 1, 10787 Berlin, statt.

WORTE DER WOCHE

»Deutschland gibt sich mit Blick auf die Wirtschaftslage tiefentspannt. Ich halte das für gefährlich.«

Kurt Bock, Präsident des Chemieverbands VCI fordert mehr Innovationsfreude in Deutschland und Europa.

»Die Unabhängigkeit der EZB ist ein hohes Gut, aber sie darf nicht als Feigenblatt für mangelnde Transparenz missbraucht werden.«

Burkhard Balz (CDU), Mitglied im währungspolitischen Ausschuss des Europaparlaments.

»Spionageaktivitäten auf deutschem Boden sind strafbar und werden von uns nicht geduldet.«

Bundesinnenminister Thomas de Maizière kommentiert die Mutmaßungen über Bespitzelungen vom türkischen Geheimdienst..

»Ich habe keine Vision für die nächsten 30 bis 40 Jahre.«

Rolf Martin Schmitz, Vorstandsvorsitzender RWE, setzt trotz des Ökostrombooms auch in den kommenden Jahren auf Stromerzeugung durch Kohle- und Gaskraftwerke.

»Wenn der Strom immer grüner wird, ist es widersinnig, auf diesen Ökostrom eine Ökosteuer zu erheben.«

Hubertus Heil, stellvertretender Chef der SPD-Bundestagsfraktion, fordert eine Senkung der Stromsteuer.

»Ich will nicht zwischen Pest und Cholera wählen müssen.«

Pablo Iglesias, Vorsitzender der spanischen Partei Podemos, auf die Frage, ob Schulz oder Merkel besser für Deutschland und Europa wären.

»In spätestens drei Jahren wird Lufthansa Air Berlin gekauft haben.«

Michael O'Leary, Vorstandschef Ryanair.

»Wir befinden uns mitten in einer neuen Phase unserer Beziehungen: von einzelnen Vereinbarungen gehen wir zu großen und langfristigen Projekten über.«

Der iranische Staatschef Hassan Rouhani über die intensivierten Beziehungen zu Russland.

»Serbiens Wirtschaftsbeziehungen zur EU sind viel enger als zu Russland. Dennoch hat Russland dort ein ziemlich großes ‚symbolisches Kapital‘. Unser Land genießt die Sympathien eines großen Teils der serbischen Wähler und auch der Regierungspartei.«

Pawel Kandel, Leiter des russischen Zentrums für ethnopolitische und zwischenstaatliche Konflikte am Europa-Institut, kommentiert den Besuch von Serbiens Ministerpräsident Aleksandar Vucic bei Wladimir Putin. In Serbien stehen am 2. April Wahlen an.

TERMINE

4.4. UNTER 3 VON SITZUNGSWOCHE MIT DEM BERLINER FDP-GENERALSEKRETÄR CZAJA

Gesprächsveranstaltung von Sitzungswoche mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus und Generalsekretär der Berliner FDP Sebastian Czaja und der stellvertretenden Vorsitzenden der de'ge'pol Dr. Viola Neu Dunhill-Lounge, Unter den Linden 42/ Neustädtische Kirchstraße, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

6.4. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE MIT JOHANNA WANKA

Frühstücksveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema „Innovation als Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands“, u.a. mit Bundesforschungsministerin Johanna Wanka Berlin Capital Club, Mohrenstraße 30, 10117 Berlin (kostenpflichtig).

12.4. NZZ FORUM ZUR PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IN FRANKREICH

Diskussionsveranstaltung der Neuen Zürcher Zeitung und des Deutschlandfunks zum Thema „Frankreich wählt: Banges Warten in Europa“, u.a. mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Sylvie Goulard MdEP (ALDE) und dem NZZ-Chefredaktor Eric Gujer Deutsches Theater, Schumannstraße 13a, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)